



KLIMAKRISE

Der Klimawandel hat OÖ längst erreicht. Wie gehen die LandwirtInnen mit den Veränderungen um. **Seite 3**



UMWELTSCHIKANEN

Es soll weniger Mitsprache der BürgerInnen und der Umweltorganisationen bei großen Bauprojekten geben. **Seite 5**



ARBEITERKAMMERWAHL

Die ArbeitnehmerInnen wählen im März 2019 neu. Martin Gstöttner und sein buntes Team haben viel vor. **Seite 7**

OÖ.PLANET

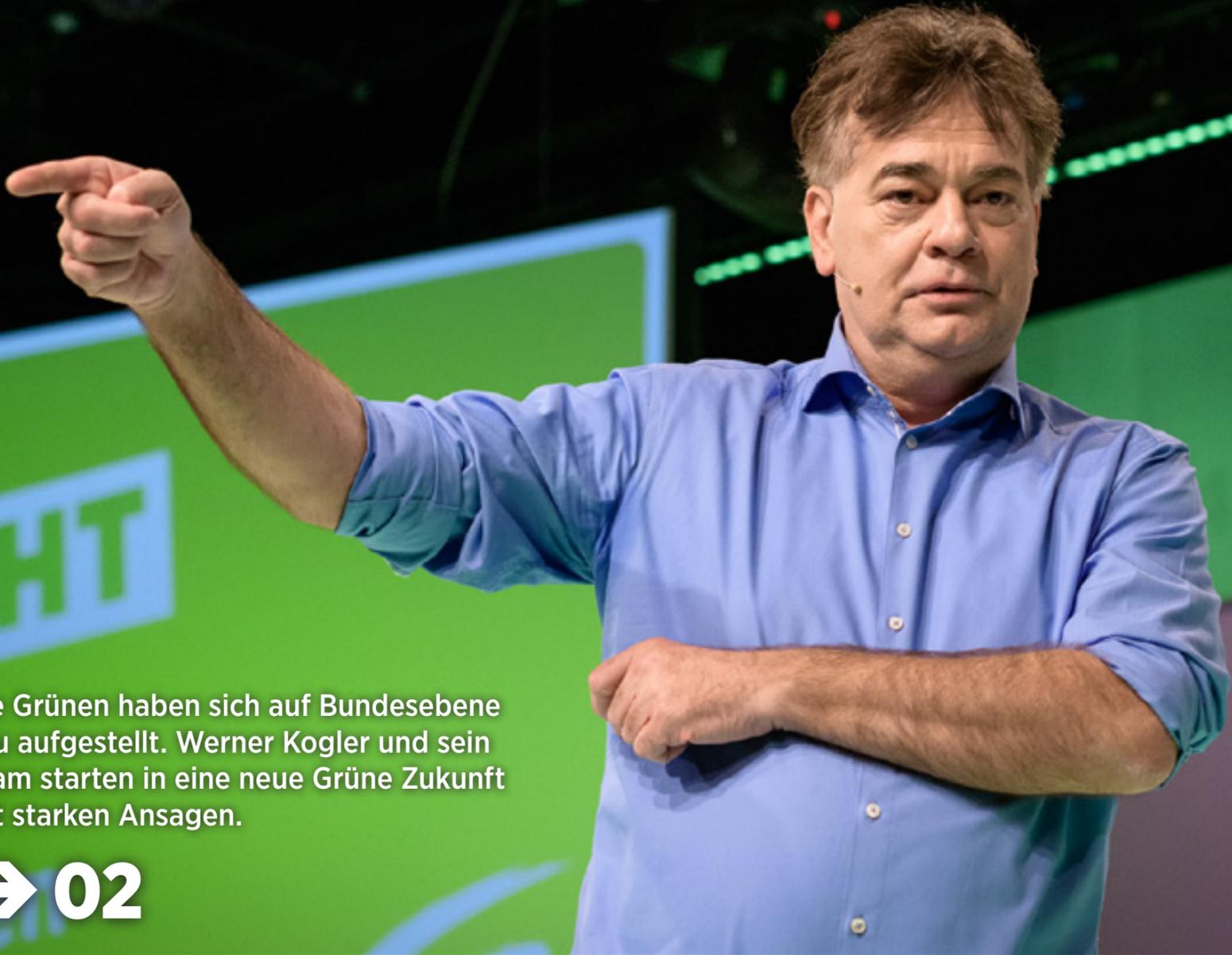
GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 100
21. JAHRGANG | WINTER

OÖ.PLANET NR. 02/2018 | PREIS: € 1,-
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Auf geht's!



Die Grünen haben sich auf Bundesebene neu aufgestellt. Werner Kogler und sein Team starten in eine neue Grüne Zukunft mit starken Ansagen.

→ 02

Foto: Bernd Reimer / GRÜNE

ZUGESPITZT

Grüne Krone aufgerichtet

2017 war kein Jahr der österreichischen Grünen. Nach den vielen eigenen Fehlern war mit der Herauswahl der Grünen aus dem Parlament die Talsohle erreicht. Mühsam war in den Monaten danach das Aufrichten der Krone, schmerzhaft die großen finanziellen Einschnitte. Drei große österreichweite Kongresse, sechs regionale Meetings in Oberösterreich halfen, neue Leute und eine thematische Neuorientierung zu finden.

Ein Jahr später hat sich die Partei wieder erholt. Die Stimmung am Bundeskongress Mitte November in Wien war vom neuen Aufbruch geprägt. Dass es die Grünen dringender denn je braucht, war nicht nur dort zu spüren. Heute stehen wir vor riesigen Herausforderungen: Die

Klimakrise ist bei uns angekommen und bedroht unser Überleben. Die Europäische Union braucht laute Stimmen gegen die Auswüchse einer entfesselten Agrarindustrie und Wirtschaftslobby, die drauf und dran ist, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Und schließlich sieht die Allianz gefährlicher NationalistInnen ihre große Chance, das vereinte Europa zu zerstören. Die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai wird daher auch zu einer Abstimmung über die Zukunft unseres Kontinents.

Packen wir die großen Zukunftsfragen an und stellen wir unser Leben und Wirtschaften auf gesunde Beine.

■ **Marco Vaneck** ist Chefredakteur des oö.planet und Obmann der Grünen Bildungswerkstatt OÖ.

ES GEHT NICHT OHNE DICH.

**KLIMASCHUTZ.
SOZIALER ZUSAMMENHALT.
VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE.**

Nie zuvor waren Grüne Ideen und Grüne Politik so wichtig wie heute.

Mit deiner Spende kannst du uns unterstützen. Je stärker wir werden, desto stärker können wir uns für deine Anliegen einsetzen.

ES GEHT NICHT OHNE DICH.

Spendenkonto:
AT63 2011 1280 2727 0404
Die Grünen – Die Grüne Alternative

ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

Wallern lehnt sich auf!

Jeden Tag werden in Oberösterreich zwei Hektar Boden versiegelt. Jeden Tag gehen wertvolle Grünflächen verloren. Immer mehr Ortskerne veröden, weil Geschäfte im Ort gegen die Anziehungskraft der Shopping-Center auf den versiegelten Flächen keine Chance haben.

Anders in der kleinen Hausruckgemeinde Wallern. Bei einer von den örtlichen Grünen initiierten BürgerInnenbefragung haben 59 Prozent der zur Wahlurne gegangenen BürgerInnen entschieden, dass sie keinen vierten Supermarkt wollen. Ihr ist der Schutz der Grünflächen und die höhere Lebensqualität im Ort lieber als ein weiterer Einkaufstempel. Macht diese Entscheidung auch in anderen Landgemeinden Schule, kann das zum Umdenken in der großen Raumordnungspolitik führen. Wallern macht es vor: Scheinbar kleine Entscheidungen können große Wirkung haben.

meint Marco Vanek,

oö.planet Chefredakteur

In eigener Sache: Diese Ausgabe ist eine Jubiläumsnummer. Seit zwanzig Jahren erscheint nun der oö.planet, diesmal zum 100. Mal. Wir als Redaktion sind stolz darauf, dass wir die Landespolitik so lange schon kritisch begleiten können.

KURZMELDUNG

Neuer Listenwahlmodus in OÖ

Die Grünen in Oberösterreich haben nun die Konsequenzen rund um die Konflikte bei der Listenwählerstellung gezogen und einen neuen Wahlmodus in den Statuten verankert. In Zukunft wird der oder die SpitzenkandidatIn getrennt von der übrigen Listenwahl durch eine breit angelegte Mitgliederwahl und auf einer eigenen Landesversammlung bestimmt. Etwa zwei Monate später tagt dann ein 25köpfiger Wahlkonvent, der die BewerberInnen um die vorderen Listenplätze „auf Herz und Nieren prüft“ und eine KandidatInnenliste der Landesversammlung vorschlägt. Diese reiht dann die Vorschläge für den Wahlvorschlag.

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW -556
Mail ooe@gruene.at
Web www.ooe.gruene.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax 0732/73 94 00-556

LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Aboverwaltung: Nina Bikic
Tel. 0732/73 94 00-429
Mail service.ooe@gruene.at

„Grün ist eine Liebeserklärung an die Welt“

Werner Kogler wurde vom Bundeskongress mit 99 Prozent der Delegierten zum Bundessprecher gewählt. Wir sprachen mit ihm über den frischen Grünen Wind und wieso Österreich und auch die europäische Ebene die Grünen brauchen.

■ HERBERT VORABERGER

Warum braucht es die Grünen ausgerechnet jetzt?

Die ökologische Frage ist dringender denn je. Es geht – Stichwort Klimakrise – um nichts weniger als die Überlebensfrage der Menschheit. Die Bundesregierung lässt beim Klimaschutz, bei der Energiewende und beim Kampf für gesunde Lebensmittel völlig aus. Diese Lücke müssen wir Grünen füllen.

Wie wirst du den Job als Grüner Bundessprecher anlegen, was ist der frische Wind, den du reinbringst?

Mir geht's drum, dass wir nach vorne schauen. In unserem Minibüro erleben wir, dass die Zuschriften nicht aufhören. Das Credo lautet, dass die Grünen in Österreich massiv fehlen. Einerseits die Grünen Ideen, aber andererseits auch die Grüne Bewegung, die das umsetzen kann, ganz konkret im Europäischen Parlament und bald auch wieder im Nationalrat.



Werner Kogler: „Das Credo lautet, dass die Grünen in Österreich massiv fehlen.“

Bleiben wir gleich bei der Europawahl: Warum führst du als Parteichef die Grünen auch in die Europawahl?

Für die Zukunft unseres Landes ist die Zukunft Europas von immenser Bedeutung. Daher sind wir übereinstimmend zum Schluss gekommen, dass wir für die Europawahl die Kräfte bündeln wollen.

Warum ist die Europawahl von so großer Bedeutung für uns?

Österreich ist ein kleines Land und daher kommen wir alleine nicht weit. Wenn ich mir ansehe, wie es auf der Welt zugeht, was alles durcheinandergerät, ist es wichtiger denn je als Europäer geeint aufzutreten. Und da stellt sich natürlich die Frage, wer auf welcher Seite steht. Geht es nach der Bundesregierung, sollen wir uns drüben bei den Orbans und Salvinis einreihen. Und das ist der dringende Auftrag an uns, hier dagegen zu halten. Denn sonst kommt

etwas ins Rutschen. Und daher gilt es Europa und unsere Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenwürde mit Leidenschaft zu verteidigen.

Die Grünen haben ja in Bayern und Hessen großartige Erfolge eingefahren, ist das auch bei uns möglich?

Ja, sicher geht da was. Es kommt immer darauf an, was man daraus macht. Wir wurden aus dem Nationalrat rausgeholt und jetzt wird wieder voranmarschiert. Und wenn es gelingt, hier die vielen, die was tun wollen, mitzunehmen, wird das ein begeisterungsfähiges Projekt, eine ganz große Sache.

Von den finanziellen Möglichkeiten sind wir klar benachteiligt. Aber mit Kreativität und mit Begeisterung lässt sich das wettmachen. Ich verweise auf Innsbruck, das war ja fulminant.

Im kommenden März wählt Salzburg-Stadt, da wollen wir uns gleich mal ordentlich steigern, idealerweise verdoppeln. Katarina Schulz aus Bayern hat sich schon angesagt und wird uns tatkräftig unterstützen.

Der Lauf in der Bundesrepublik ist natürlich nicht ohne Weiteres mit der Situation hier vergleichbar. Aber was wir mitnehmen wollen, ist die Frische und die Herzlichkeit, mit der die Grünen auftreten. Kritik zu üben ist wichtig, aber das allein ist zu wenig. Das Land braucht konstruktive und positive Vorschläge, und die muss man mit Leidenschaft vortragen. Und dann wird schnell wieder klar: Politik lohnt sich und Diskussion lohnt sich. Und dann kommt in unserem Land – im besten Sinn des Wortes – etwas Positives in Bewegung. Denn grüne Politik ist ja – um es pathetisch auszudrücken – „eine Liebeserklärung an die Welt“.

Grün steht wieder auf

Mehr als ein Jahr nach dem Hinausflug aus dem Parlament organisieren sich die Grünen auf Bundesebene neu. Ein Bundeskongress war der Schlusspunkt einer Reihe an Veranstaltungen, wo sich die Grünen thematisch und personell neu aufstellten.



Was ist Grüne Politik?

Die Menschen wählen uns nicht, wenn wir ihnen ständig erzählen, wie sie zu leben haben. Sie wählen uns nicht dafür, wenn wir ihnen sagen, sie müssen nur Bio kaufen oder sie sind fünf Kilometer zu viel mit dem Auto gefahren... Versteht mich nicht falsch: Ich freue mich über jede und jeden, die oder der bewusst einkauft. Aber Politik ist das nicht. Grüne Politik ist, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in den nächsten fünfzig Jahren unser Planet

nicht zugrunde geht. Dafür braucht es uns Grüne...“, **Stefan Kaineder**, neues Mitglied im Bundesvorstand der Grünen.



Was macht mich wütend?

Wir haben eine Regierung, die auf Hetze und Ausbeutung setzt. Sie spielen uns Menschen gegeneinander aus. Sie gefährden unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere Umwelt. Auch unser gemeinsames Europa ist in Gefahr. Es macht mich wütend, weil Ungerechtigkeit siegt, weil nicht alle Menschen gleichbehandelt werden, weil

das Wirtschaftswachstum über allem steht, und weil wir Frauen noch immer massive Nachteile erfahren“, **Lara Köck**, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen (im Bild 3.v.l.).



Radikal oder real?

„Heute stellen sich viele Fragen des Lebens, ja sogar des Überlebens wesentlich drängender und radikaler. Auch Antworten werden daher radikaler. Gleichzeitig müssen Grüne Vorschläge Schritt für Schritt verwirklicht sein. Es gilt daher radikal und real“, **Werner Kogler**, Bundessprecher der Grünen.

Bauer sein in Zeiten des Klimawandels

Mit sicht- und spürbaren Folgen der Klimaveränderung sind auch Oberösterreichs LandwirtInnen bereits im täglichen Leben und Arbeiten konfrontiert. Wie man trotz aller Widrigkeiten Nachhaltigkeit vorleben und dies auch an die eigenen Kinder weitergeben kann, zeigt die vierköpfige Familie Pree aus Kefermarkt vor.

■ CHRIS LEITGEB

„Von den letzten vier Jahren hatten wir nur ein normales Jahr, das gepasst hat und wir die Verluste wieder aufholen konnten. Dazu kamen allerdings drei ganz trockene und schwierige Jahre“, beschreibt Landwirt Paul Pree die aktuelle Situation. Seit einigen Jahren kämpft man zudem mit dem Käfer im Wald, im Vorjahr kam erstmals überhaupt auch noch der Engerling auf, der wertvolles Grünland zerstört - keine guten Aussichten. „Durch den guten Winter im Vorjahr haben wir noch Futterreserven, um durch den Winter zu kommen. Aber frage nicht, wir kriegen weiterhin kaum Niederschläge, zu wenige Schneefälle und viel zu milde Winter“, beschreibt Pree, der den Hof im Jahr 2010 von seinem Vater offiziell übernommen hat.

„Sind täglich dem Wetter ausgesetzt“

Ehefrau Ulrike betont, was das gerade für kleinere Betriebe heißt: „Man muss heute schon voller Idealismus sein, um eine Landwirtschaft zu betreiben. Denn was viele nicht bedenken, die normale nine-to-five-Jobs ausführen: Man ist dermaßen dem Wetter und Widrigkeiten direkt ausgesetzt, da geht's schlicht jeden

Tag um Existenzen. Wenn der Milchpreis oder die Ernte wegbricht, muss man erstmal schauen, wie man seine Einnahmen zusammenbringt, um die Familie zu erhalten. Ich kann nicht sagen, heute gehe ich Lohn fordern. Wenn das Jahr schlecht ist, ist das Jahr schlecht.“ Gerade kleinstrukturierte Betriebe werden es zunehmend schwer haben, genug Ertrag zu erwirtschaften: „Ein Beispiel: Wir haben vor dem EU-Beitritt für den Liter Diesel sechs Schilling bezahlt und haben für die Milch sieben Schilling pro Liter gekriegt. Heute bekommst du für einen Liter Milch 40 Cent, der Liter Diesel kostet 1,30 Euro“, weiß Paul Pree.

Für 1 l Milch 40 Cent – 1 l Diesel kostet 1,30 Euro

Eine weitere Folge der klimatischen Veränderungen und immer schwerer zu berechnenden Jahresabläufe: Die Zeitfenster für die Ernten werden zunehmend kleiner: „Früher ist zweibis maximal dreimal gemäht worden. Mittlerweile mähen wir vier bis fünfmal im Jahr. In gewisser Weise musst du da dann



Foto: privat

auch bei den landwirtschaftlichen Maschinen mithalten, um auf diese flexiblen Zeiten zu reagieren. Es vereinfacht die Arbeit zudem spürbar. Von den Bauern wird dann halt immer nur geredet, wenn er einen neuen Traktor hat, aber von einem Büroangestellten verlangt heute auch keiner mehr, dass er auf der Schreibmaschine arbeitet“, vergleicht Ulrike Pree.

Seit 30 Jahren regionale Energie-Vorreiter

„Altbauer“ Josef Pree, der nach wie vor am Hof lebt und mit anpackt, war vor 30 Jahren ein regelrechter Energiepionier, der eine Biogas-Anlage installierte und startete. „Die Anlage läuft heute noch, wir erzeugen mit Gülle von Kühen und Rindern doppelt so viel Strom, wie wir selbst brauchen“, berichten Paul und Ulrike Pree. Mit aktuellen Medien-Berichten, wonach die Landwirtschaft der größte Verursacher von Feinstaub sei, können sie nur wenig anfangen: „Noch nachhaltiger wie in der Landwirtschaft geht es fast

nicht. Wenn wir die Flächen nicht nutzen würden, würde ja trotzdem Methan entstehen, denn das tut es immer dort, wo etwas stirbt. Wenn wir nun, wie wir es mit der Biogas-Anlage tun, aus dem Methan noch Strom und Wärme machen, schließt man diesen Kreislauf dann auch wirklich optimal.“

Die beiden Kinder Maximilian (4) und Hannah (6) sind von klein auf in das Leben und die Arbeit am Hof eingebunden. „Für sie ist es normal, dass die Milch von der Kuh kommt. Sie kriegen direkt mit, wenn ein Kalb auf die Welt kommt, wenn du die Ernte heimbringst. Den Kindern gefällt es auch, von Tieren umgeben zu sein. Ich meine, welches Kind kriegt etwa schon ein Pony zu Weihnachten?“, schmunzelt Ulrike Pree. Bauer zu sein sei sicher nicht die urlaubs- und ausflugsfreundlichste Profession. „Aber wenn man dann in den Medien hört, dass immer nur alle schon ab Montag dem Freitag hin fiebern, fragt man sich oft: Ist die Arbeit wirklich so etwas Furchtbares?“

Paul und Ulrike Pree mit ihren Kindern Maximilian (4) und Hannah (6) auf ihrem Hof in Kefermarkt.

KURZMELDUNGEN

„Klimakrise ist real“

Klare Worte sprach der renommierte Klimaforscher Stephan Rahmstorf auf dem oö. Klimagipfel: „Die Klimakrise ist real, vom Menschen verursacht und dringend. Die Folgen für uns Menschen in Form von Extremereignissen, Ernteaussfällen usw. sind heute schon spürbar und werden massiv zunehmen. Die Ziele des Pariser Weltklimaabkommens müssen daher konsequent umgesetzt werden. Sie bedeuten Nullemission weltweit bis spätestens 2050.“

E-Autos allein sind keine Rettung

Die Klimabilanz von E-Autos ist zwar deutlich besser als jene von Diesel- und Benzin-Pkw, weist der VCÖ auf Daten des Umweltbundesamts hin. Doch E-Autos allein werden uns nicht ans Klimaziel bringen.

In der Gesamtbilanz, also inklusive Fahrzeug- und Batterieherstellung und Stromerzeugung, verursachen E-Pkw mit österreichischem Strommix im Schnitt rund 94 Gramm CO₂ pro Personenkilometer, die Diesel- und Benzin-Pkw im Schnitt mit 218 Gramm mehr als doppelt so viel. Aber noch weniger CO₂ verursacht, wer mit dem Öffentlichen Verkehr fährt. Die Bahn verursacht mit rund 14 Gramm pro Personenkilometer um 80 Prozent weniger CO₂ als E-Autos.

„Neben der Energiewende im Verkehr braucht es daher eine massive Verlagerung vom Auto auf den Öffentlichen Verkehr sowie bei kürzeren Strecken auf das Fahrrad“, betont VCÖ-Experte Gansterer. Die Klimastrategie der Bundesregierung sieht eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um ein Drittel bis zum Jahr 2030 vor. Doch anstatt zu sinken, steigen seit dem Jahr 2015 die klimaschädlichen Emissionen des Verkehrs. Auch für heuer ist mit einer weiteren Zunahme der CO₂-Emissionen zu rechnen.

Vom täglichen CO₂-Verhalten der LinzerInnen

„Was haben Sie heute getan, um ihren persönlichen CO₂-Ausstoß zu reduzieren?“ Dieser spannenden-Frage ging... ein Projekt einer internationalen Gruppe von JKU-Studenten nach.

Sebastien Bobocel, Zsofia Bonis, Melanie Brosenhuber und Oriane Desforges wollten zu diesem wichtigen Thema nicht bloß informieren, sondern befragten einen Monat lang zufällig ausgewählte LinzerInnen auf der



Straße konkret. Die Befragung wurde mittels grünen Kartons, in dem die Befragten ihre auf Zettel geworfenen Antworten eingeworfen haben, durchgeführt. Auf diesem Wege konnte das Team des Innovationskurses an der Johannes Kepler-Universität 148 solcher Zettel einsammeln. „Die Resultate zeigen, dass die zwei beliebtesten Me-

thoden der persönlichen CO₂-Reduktion die Themenbereiche Recycling und die emissionsfreie Fortbewegung mit jeweils 42 Antworten darauf waren“, berichtet das Projektteam.

Nicht-monetäre Methoden bevorzugt

Darauf folgen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit 31 Stimmen sowie Energiesparmaßnahmen mit 20 abgegebenen Zetteln. Die am seltensten benutzten Methoden der CO₂-Ausstoß Reduktion waren vegetarische/regionale/saisonale Ernährung

(9 Befragte), der gezielte Kauf von CO₂-neutralen Produkten (4 Befragte) sowie Spenden für klimafreundliche Projekte (2 Befragte). Fazit des Teams: „Die Befragung zeigte: Methoden, die nicht in Form von Geld stattfinden, werden bevorzugt. Je höher die Kosten einer Methode zur CO₂-Reduktion sind, desto seltener kommt diese vor. Bei dieser Befragung ist die „monetärste“ Methode, Spenden, am letzten Platz zu finden.“ Detail am Rande: Nicht ein Einziger habe bei der Befragung angegeben, gar nichts zur CO₂-Reduktion unternommen zu haben...

KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRZ**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM ÖÖ. LANDTAG
GOTTFRIED.HIRZ@
GRUENE.AT

Ein Gemeinde-Kontrollpaket mit Riesendelle

Wäre der Verwaltungsskandal in St. Wolfgang bei einer effektiven Kontrolle möglich gewesen? Wahrscheinlich nicht. Daher war es vollkommen logisch, gerade nach diesem Fall, die Kontrollmechanismen in den Gemeinden zu stärken. Das ist mit der jüngst beschlossenen Gemeindevorstandsnovelle auch gelungen, eine Novelle, in der viele Grüne Forderungen aufgenommen wurden.

Und dann schafft es Schwarz-Blau diesem an sich guten Paket eine gewaltige Delle zu verpassen. Denn gleichzeitig reduziert Schwarz-Blau die Zahl der Gemeinderäte in OÖ um fünf Prozent bzw. um 564 Personen. Damit wird die Kontrollarbeit in den Gemeinden massiv erschwert und das gesamte Kontrollpaket konterkariert. Denn durch die Verkleinerung wird die Opposition geschwächt oder gar eliminiert. Gäbe es die Reduktion jetzt schon, wäre die Opposition in fünf Gemeinden gar nicht mehr im Gemeindevorstand vertreten. Es gäbe eine Alleinregierung der ÖVP und praktisch keine Kontrolle mehr. Die Grünen würden in fünf Gemeinden den Sitz im Gemeindevorstand und in 13 Gemeinden Gemeinderatsmandate verlieren.

Diese Reduktion ist so bedenklich wie ihre Entstehung seltsam. Denn vor einiger Zeit war der zuständige Landesrat Hiegelsberger noch klar gegen eine Verkleinerung der Gemeinderäte, jetzt hat er sie durchgesetzt. Ein Meinungsumschwung par excellence. Dass er dies ohne vorherige Information der Fraktionen und vor allem ohne Begutachtungsverfahren durchgedrückt hat, rundet das Bild ab. Ein Bild, auf dem ein Demokratieabbau durch die Hintertür zu sehen ist. Das ist schade und bedenklich.

IMPRESSUM

oö.planet. 02/2018 / Zulassungsnr.: MZ 022031264 M
Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
Herausgeberinnen: Die Grünen OÖ, Die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im öö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Heidi Obermaier, Mag.® Elke Mayerhofer, Dr. Christian Krall, Mag. Markus Gusenbauer, Mag. Herbert Voraberger **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Chris Leitgeb, Dr. René Freund, Johannes Voitleitner, **Korrektorat:** Mag.® Barbara Vanek
Fotos: www.bilderbox.com, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek **Karikatur:** Mag. Michael Schneider **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** studioB Mag.® Barbara Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressverwaltung:** Nina Bikic, Tel.: 0732/73 94 00-556, nina.bikic@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 21.000 Stück **Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint im März 2019**

Dem Umweltschutz drohen Schikanen

Schöne Worte kommen von unserer Bundesregierung: Alle Maßnahmen orientieren sich an dieser Prämisse, alle anderen Themenbereiche müssen mit Klima- und Umweltschutz im Einklang stehen. Doch die Realität sieht anders aus.

■ **MAX GUSENBAUER**

Natürlich ist es nicht so, klarerweise tickt die Koalition völlig anders – sowohl im Bund als auch im Land. Die Versäumnisse im Klimaschutz, die vergebenen Chancen im Landesbudget 2019 wurden im nebenstehenden Artikel bereits beschrieben. Der einschlägige Klimakurs des Bundes ist im beklagenswerten Klimaschutzplan nachlesbar. Es sind zwei weitere Punkte, die den Stellenwert des Umweltschutzes im schwarz-blauen Kosmos treffend beschreiben. Der eine ist im geplanten Standortentwicklungsgesetz zu finden, der andere im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz.

Regierung rückt vom Automatismus ab

Ersteres hatte seit Bekanntwerden Proteststürme ausgelöst. Vorgesehen war, dass sogenannte besonders standortrelevante Großprojekte nach zwölf Monaten automatisch per Verordnung genehmigt werden – vorbei an sämtlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen. Diese



Die Regierung versucht, umweltbewegten Menschen den Zugang zum Recht abzuschneiden.

wurde nun zwar gestrichen – nach massiver Kritik von ExpertInnen, NGOs und selbst des Verfassungsgerichtshofes.

„Es hat erst diesen Aufschrei und auch den Protest der Grünen in allen Bundesländern gebraucht, dass die Regierung von diesem No Go abgerückt ist. Das hat nichts mit Umdenken in der Sache zu tun“, betont die Grüne Landessprecherin Maria Buchmayr. Denn auch die neue Regelung bringt den Umweltschutz unter Druck. Künftig sollen Umweltverträglichkeitsprüfungen nach einer gewissen Frist zur nächsten Instanz wandern. „Damit werden Umweltprüfungen dennoch weiter ausgehöhlt. Das Ziel bleibt, kritische Großprojekte schnell durchzupeitschen“, betont Buchmayr, die auch keine schnelleren Verfahren sieht: „Jede Instanz muss wieder bei null beginnen, und zu erwarten ist ein Verfahrensrückstau“. Schnellere Verfahren sind

nur zu erreichen mit besserer Projektvorbereitung, besseren Planungsunterlagen und Kooperation, das sollte mittlerweile bekannt sein.

Mitsprache wird eingeschränkt

Mit Zweiterem, dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, plant die Regierung die Mitsprache von Umweltschutzorganisationen einzuschränken und in ihren Rechten zu beschneiden. Denn damit eine NGO künftig Parteienstellung in einem UVP-Verfahren erhält, muss der Verein aus mindestens hundert Mitgliedern bestehen. „Die Regierung versucht damit umweltbewegte Menschen mit Schikanen in ihren Rechten zu beschneiden. Sie will Kritik und Einwände der NGOs weitgehend abstellen. Sie will jene bremsen, die sich um umweltschädliche Auswirkungen von Bauprojekten sorgen. Das ist inakzeptabel“, betont Buchmayr. Dabei geht die Begründung für diesen

Schritt völlig ins Leere. Denn es sind nicht die Umwelt-NGOs, die mit Einsprüchen für lange Verfahrensdauern sorgen, sondern es sind mangelhafte Unterlagen der Projektwerber, die Verzögerungen verursachen. Es ginge anders, das zeigt gerade Oberösterreich. Die Umweltprüfungsverfahren im Land zählen zu den schnellsten in Österreich. Aber natürlich kann man auch hier optimieren und die Verfahren beschleunigen. „Bessere Projektvorbereitungen, mehr Sachverständige, bessere Kultur im Umgang von Behörde, BetreiberInnen und ProjektgegnerInnen. Das sind die richtigen Instrumente, aber sicher nicht umweltbewegte Menschen einzuschränken und neue Konflikte heraufzubeschwören“, meint Buchmayr.

Ach ja, Schwarz-Blau in Oberösterreich trägt natürlich auch diese Maßnahme der Bundeskollegen mit. Nur der Vollständigkeit halber.

Kassenreform gefährdet unser Gesundheitssystem

Die von der Bundesregierung durchgedrückte Kassenreform ist ein schwerer Schaden und wird auch negative Folgen für Oberösterreich haben“, meint die Grüne Gesundheitssprecherin LAbg. Ulrike Schwarz. Die Grünen sehen in dieser Reform einen Angriff auf die wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Land. Es kommt ein schädlicher Zentralismus, der gut funktionierende Kooperationen in OÖ kappt, sich auf die Kassenverträge zur Versorgung der PatientInnen mit Heilmitteln auswirken und regionale Unternehmen unter Druck setzen



wird. „Diese reine Strukturreform verschlingt Geld und Zeit und löst keine Probleme. Es ist Vehikel zum Machtausbau, eine Gefährdung unseres Gesundheitssystems – und LH Stelzer und LRⁱⁿ Haberalder haben nichts dagegen getan“, betont Schwarz.

Kleintierhaltung im Wohngebiet erlauben

Kleintiere sollen – in geringem Umfang – mit bestimmten Einschränkungen und für den Eigenbedarf gehalten werden dürfen.

Einen entsprechenden Antrag haben die Grünen im Landtag eingebracht. Denn derzeit ist es verboten, weil die Nachbarn beeinträchtigt werden könnten. „Bienen,



Hasen, Hühner und Co sollten im Wohngebiet erlaubt sein, es war früher schon üblich und wird jetzt für immer mehr Menschen eine Bereicherung“, betont die Grüne Wohnbau- und Raumordnungssprecherin LAbg. Uli Böker. Aber „die Haltung mit den Nachbarn auszumachen, ist einfach zu vage. Wir müssen dies auf eine rechtliche Basis stellen“.



Ein Landesbudget der vergebene Chancen

In wenigen Tagen wird im Landtag das Landesbudget für 2019 beschlossen. Es ist das Werk und das Werkzeug der schwarz-blauen Landeskoalition. Es ist dasselbe stumpfe Werkzeug, das die Koalition schon bisher eingesetzt hat.

■ MAX GUSENBAUER

„Bei diesem Budget wäre viel mehr möglich und nötig gewesen. Es gestaltet nicht, sondern verwaltet“, betont der Grüne Klubobmann Gottfried Hirz. Auch die Grünen bekennen sich zu einem ausgeglichenen Budget. Das Land steht gut da, die Wirtschaft floriert. „Es

„Dieses Budget ist ein Budget der vergebene Chancen.“

Gottfried Hirz

wäre nicht nur sinnvoll, sondern auch problemlos machbar, mehr in wichtige Bereiche zu investieren und Kürzungen völlig zurückzunehmen. Dass diese Chancen nicht genutzt werden, ist unverständlich“, so Hirz. Ersichtlich sind diese vergebenen Chancen vor allem in drei Bereichen: bei Wohnbau, Verkehr und Bildung.



Magere Investitionen in die Öffis

Wir stecken mitten im Klimawandel, steuern auf eine Klimakatastrophe zu. Selbst die heurigen, neuerlichen Rekordtemperaturen in OÖ bringen ÖVP und FPÖ nicht auf Klimaschutzkurs. Das Wohnbaubudget wäre ein wichtiger Hebel für erfolgreichen Klimaschutz – etwa durch Förderung nachhaltiger Baustoffe, eine Sanierungsoffensive und Anreize für den Einsatz erneuerbarer Energie. Aber Schwarz-Blau verzichtet darauf. Dann hätte die Verkehrspolitik eine Schlüsselfunktion im Klimaschutz. Aber die geplanten Investitionen in den Öffentlichen Verkehr bleiben zu mager. „Es fließen weiter Milliarden in Straßenbauprojekte, wie etwa in den Westring, die letztlich noch mehr Stau und noch mehr Schadstoffe bringen“, betont Hirz.



Lange Warteliste für Schulneubauten

Stets wird die Bedeutung der Bildung gepriesen. Worte fallen Schwarz-Blau leicht, Taten offensichtlich nicht. Das Bildungsbudget steigt zwar. Aber nur aufgrund der Personalkosten. Wichtige Investitionen unterbleiben. So gibt es wieder nicht das nötige Geld für eine wirkliche Schulbauoffensive. Die Warteliste für dringend nötige Bau- und Sanierungsmaßnahmen ist schier endlos. Aber das „Förderbudget des Landes bleibt weiter viel zu gering. Es wird viel zu wenig in den Schulbau investiert, so können die langen Wartelisten sicher nicht abgearbeitet werden. Qualitätsvolle Schulbildung braucht qualitätsvolle Rahmenbedingungen“, meint Hirz.



Berufsschulen stärken und nicht schließen

Die Mängelliste im Bildungsbereich ist aber noch nicht zu Ende. Es gibt keine Bestrebungen, die Berufsschulen zu stärken, man schließt lieber. Es gibt keine Absicht, das gekürzte Fachhochschul-Budget OÖ wieder zu erhöhen, damit bleiben die Studiengebühren als Hürde. Es gibt keine Anzeichen, die laufend gekürzten Mittel des Bildungsbereichs wieder anzuheben, damit verzichtet man auf wichtige Investitionen in Aus- und Weiterbildung. Und schließlich gibt es keinen Plan, die Kinderbetreuung zu stärken.

Alle diese Maßnahmen im Bildungsbereich wären auch immens wichtig im Kampf gegen den immer dramatischeren Fachkräftemangel, der die Unternehmen im Land massiv belastet. Aber das wird von Schwarz-Blau ignoriert. Hirz: „Oberösterreich bräuhete ein zukunftstaugliches, lösungsorientiertes und nachhaltiges Budget. Dieses Budget ist ein Budget der vergebenen Chancen“.

KOMMENTAR



■ MARIA BUCHMAYR
LANDES- UND FRAUENSPRECHERIN DER GRÜNEN OÖ
MARIA.BUCHMAYR@GRUENE.AT

Austritt aus UN Migrationspakt ist Spiegel, Signal und Symbol

Nein, es ist nicht einfach nur eine falsche Maßnahme. Dass Schwarz-Blau den UN-Migrationspakt verweigert und Österreich damit ins Abseits stellt, ist mehr, es ist Spiegel, Signal und Symbol.

Es ist ein Spiegel der schwarz-blauen Politik. In diesem sind seit Koalitionsstart eine konstante Verschärfung in allen Asyl-, Migrations- und Integrationsfragen zu sehen. Es geht nicht mehr um die Frage, ob etwas sachlich sinnvoll und oder gerechtfertigt ist. Es geht darum, das Fremde, das Andere und die Bedrohung hervorzuheben und zu instrumentalisieren. Es geht um Ideologie und Emotion.

„Es geht darum, das Fremde, das Andere und die Bedrohung hervorzuheben.“

Es ist ein Signal, dass der schwarz-blau Ausgrenzungskurs sein Ziel noch lange nicht erreicht hat. Ein Signal, dass man sich auf dem Weg dorthin auch ohne Scheu gegen die internationale Gemeinschaft stellt und einen Imageschaden des Landes achselzuckend in Kauf nimmt. Wir machen, was wir wollen und werden das weiterhin tun. Das ist derzeit die Botschaft aus Österreich, unserem Land, das bisher unumstrittener Akteur im Rahmen der Staatengemeinschaft war.

Es ist ein Symbol für die derzeit alarmierende Entwicklung nicht nur in Europa. Autoritarismus, Nationalismus, Abschottung, Provokation sind die Zutaten dieser Entwicklung, von Ungarn, Italien bis in den USA und Brasilien. Wir erleben eine Gegenbewegung. Zusammenarbeit und Kooperation waren gestern.

Neben dem Imageschaden ist dieser Austritt auch sachlich völlig kontraproduktiv. Die Herausforderungen und Chancen der Migration kann kein Staat alleine bewältigen. Zusammenarbeit ist unverzichtbar. Dazu ist es ein rechtlich nicht verbindlicher Kooperationsrahmen wie er in den internationalen Beziehungen üblich ist. All das ist Schwarz-Blau völlig egal.

Kindergartengebühr: Proteste gehen weiter

Die Folgen sind für viele Betroffene viel zu drastisch, als dass man zur Tagesordnung übergehen könnte.

■ MAX GUSENBAUER

Dabei ist selbst der Status quo schon fatal: im Vergleich zum Vorjahr gibt



es um fast 10% weniger Nachmittagsgruppen, in jeder fünften Gemeinde in OÖ wird gar keine Nachmittagsbetreuung angeboten. „Keine Spur von dem viel beschworenen Ausbau der Kinderbetreuung, das ist ein rigoroser Abbau“, kritisiert der Grüne Familiensprecher LAbg. Stefan Kaineder.

Wie groß diese Probleme sind, zeigt eine groß angelegte Umfrage der Arbeiterkammer OÖ unter den betroffenen Eltern. 27 Prozent der befragten Eltern waren von Gruppeneinsparungen betroffen, 11 Prozent von Gruppenschließungen, 10 Prozent von Kürzungen der

Nachmittagsöffnungszeiten. Nicht einmal die Hälfte der befragten Familien hat an allen fünf Werktagen ein Nachmittagsbetreuungsangebot. 34 Prozent haben jetzt Probleme, eine entsprechende Betreuung zu finden. Von jenen, die die Betreuung in Anspruch nehmen, fühlen sich 41 Prozent (!) finanziell sehr belastet und weitere 32 Prozent eher belastet.

Probleme für Familien

„Wer diese Zahlen einfach so hinnimmt, hat sich von der Lebensrealität der Menschen längst verabschiedet. Aufgabe der Politik ist es, Probleme zu

lösen, aber mit der überfallsartigen Einführung der Gebühr haben die Verantwortlichen Probleme geschaffen und den Alltag der Familien erschwert“, betont Kaineder. Dass Schwarz-Blau von seinem Kurs abgewichen ist, hat die Koalition vor kurzem neuerlich dargelegt. „Wir Grünen haben von LH Stelzer und Landesrätin Haberland eine Kindergartengarantie gefordert. Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, muss diesen auch bekommen - wohnortnahe, in hoher Qualität und mit flexiblen Betreuungszeiten auch am Nachmittag. Das wurde abgelehnt“.

DER WOLF IN ÖSTERREICH



In Österreich leben im Moment rund 20 bis 30 Wölfe, darunter zwei Rudel. Ein Wolfsrudel hat eine Größe von vier bis acht Tieren. Nachdem in Österreich jahrzehntlang nur sehr selten ein Wolf gesichtet wurde, konnten im Jahr 2009 schon sieben verschiedene durchziehende Wölfe genetisch nachgewiesen werden. Die Wölfe breiten sich in Österreich durch Zuwanderung aus den Nachbarländern selbstständig aus, weil es eine gute Nahrungsbasis aufgrund des hohen Wildstandes gibt und weil sie eine hohe Vermehrungsrate aufweisen.

Wie ist der Wolf geschützt

International ist der Wolf in der Berner Konvention als streng geschützte Tierart angeführt. Europarechtlich ist er in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie als streng geschützte Art aufgelistet, was sich auch im Landesjagdgesetz und im Landesnaturschutzgesetz widerspiegelt. Verhaltensauffällige Wölfe, die sich zu sehr an Menschen annähern und eine Gefahr darstellen, können schon im bestehenden Rechtsrahmen getötet werden. Voraussetzung dafür ist, dass alle alternativen Maßnahmen inkl. Herdenschutz keine zufriedenstellende Lösung bringen.

Schutz vor dem Wolf

Geeignete Elektrozäune haben Höhen zwischen 0,9 m für kurzzeitige mobile Weiden und 1,2 m für längerfristig stationäre Aufstellungen. Südtirol hat kürzlich begonnen, solche Zäune mit 8 €/l/m zu fördern, was auch für Oberösterreich ein guter Richtwert wäre.

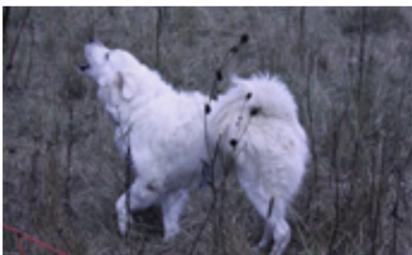


Foto: Johannes Voitleithner

Maremano-Abruzzese, eine bewährte Herdenschutz-Hunderasse aus Italien

Herdenschutzhunde machen nur für jene Nutztierhalter Sinn, die bereit sind, ihnen ständige Aufmerksamkeit zu widmen. Zudem kosten auch Hunde Geld in der Anschaffung, Ausbildung und Fütterung. Die Gesamtkosten der öffentlichen Hand zur Unterstützung eines effektiven Herdenschutzes in Österreich wurden in einer ersten ExpertInnenschätzung mit jährlich 3,5 Mio. € veranschlagt. Im Vergleich zu den gesamten Ausgleichszahlungen und Förderungen an die Bäuerinnen und Bauern in Höhe von knapp 2,0 Mrd. € für das Jahr 2017 ist das aus Grüner Sicht vertretbar.

Der Aufbau eines effektiven Herdenschutzes braucht viel Zeit. Je länger mit Herdenschutzmaßnahmen zugewartet wird, desto mehr lernen die Wölfe, dass Nutztiere eine leichte Beute sind, und die Schäden nehmen in der Folge zu.

Der Wolf fordert uns heraus

Es braucht deutliche Anstrengungen, um ein Nebeneinander der Menschen mit ihren Nutztieren und dem Wolf zu organisieren. Herdenschutz von Weidetieren ist der zentrale Schlüssel zur Konfliktreduktion.

■ JOHANNES VOITLEITHNER

Die Rückkehr des Wolfs nach Österreich fordert uns Menschen heraus – im Denken und im Handeln. Die Positionen wie mit dem Wolf umgegangen werden soll, sind enorm gegensätzlich. Sie reichen von jenen, die ihm schlicht seine Existenzberechtigung in Österreich absprechen, bis zu jenen, die ihm die Chance zu einem konfliktarmen Nebeneinander geben wollen und ihn als Bereicherung in der heimischen Natur sehen.

Auf Basis der Erfahrungen in der Schweiz und in einzelnen deutschen Bundesländern, wo der Wolf bereits vor rund zwei Jahrzehnten zurückkehrte, sehen die Grünen die Möglichkeit eines akzeptablen Auskommens mit diesem Großraubtier.

Die wichtigste Voraussetzung dafür ist ein ernsthafter Herdenschutz von Weidetieren, damit der Wolf seinen Speiseplan auf Wildtiere konzentriert und Schafe, Ziegen, Kälber und Fohlen nicht als leichte Beute wahrnimmt.



Foto: Archiv

Der Wolf macht den JägerInnen und LandwirtInnen Probleme, er hat aber Vorteile für das Ökosystem.

Geeignete Herdenschutzmaßnahmen sind v.a. Elektrozäune, Nachtkoppeln, Herdenschutzhunde und Behirtung, angepasst an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse. Herdenschutzmaßnahmen bieten keinen vollkommenen Schutz, verringern aber Schäden deutlich. Der höhere Material- und Zeitaufwand dafür muss den Nutztierhaltern durch die öffentliche Hand abgegolten werden. Derzeit werden in Oberösterreich nur Wolfsschäden an Nutztieren ersetzt, nicht aber die präventiv wirkenden Maßnahmen zum Herdenschutz.

Da der Wolf eine zusätzliche Erschwernis für Weidetierhalter darstellt, kann er dazu führen, dass der Auslauf von Weidetieren eingeschränkt wird. Und für Landwirtschaftsbetriebe in wirtschaftlich schlechter Situation kann er den letzten Anstoß zum Aufhören liefern.

Auch wenn der Wolf speziell für die Nutztierhalter große Probleme verursacht und mit jagdlichen Interessen in Konkurrenz steht, hat er für die Wildtierökosysteme mehrere Vorteile. So können sich Wölfe günstig auf die Wildgesundheit (durch bevorzugte Entnahme schwacher Tiere) und eine naturnahe Waldentwicklung (durch Reduktion des Wildstands und in der Folge des Jungbaumverbisses) auswirken.

Die Gefahr für Menschen ist hingegen sehr gering. In den letzten Jahrzehnten gab es in Mitteleuropa nur sehr selten Angriffe auf Menschen. Trotzdem zeigt die Geschichte, dass Wölfe unter bestimmten Umständen sehr wohl Menschen angreifen und töten können. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Wölfe Tollwut haben, aufgrund mangelnden Wildtierangebots hungern oder angefüttert werden.



Foto: Johannes Voitleithner

Schafherde im Elektrozaun

Sicherheit gewährleisten

Für uns Grüne ist es ein Anliegen, dass die Maßnahmen zum Umgang mit dem Wolf so gestaltet werden, dass sie seine Rückkehr nicht grundsätzlich gefährden und gleichzeitig durch seine Anwesenheit die Weide- und Almwirtschaft nicht zurückgedrängt wird sowie die Sicherheit der Menschen gewährleistet bleibt.

„Wir lehnen eine Bejagung ab!“

Gottfried Hirz plädiert für mehr Herdenschutz und Beratung der WeidetierhalterInnen über die Verhaltensweisen der Wölfe

■ JOHANNES VOITLEITHNER



Wofür steht für Dich der Wolf?

Der Wolf ist ein Symbol dafür, wie wir mit Natur umgehen. Faszinierend ist, dass sich Wölfe in vielen Situationen deutlich intelligenter als Hunde verhalten.

Was braucht es zur Akzeptanzsteigerung?

Der Wolf ist gekommen, um zu bleiben. Damit ein Nebeneinander zufriedenstellend funktioniert, braucht es: einen engagierten, von der öffentlichen Hand mitfinanzierten Herdenschutz, ein regelmäßiges Monitoring über die Verbreitung des Wolfs sowie eine dauerhafte Information und Beratung der Weidetierhalter und auch der breiten Bevölkerung über die

Verhaltensweisen der Wölfe. Die Grünen haben dazu bereits vor einem halben Jahr im Öö. Landtag zwei Initiativanträge für einen engagierten Herdenschutz eingebracht. Die Menschen in Oberösterreich und vor allem die Nutztierhalter als unmittelbar Betroffene erwarten sich, dass die Politik möglichst bald eine Entscheidung zum konkreten Umgang mit dem Wolf trifft.

Was hältst Du von der Herabsetzung des Schutzstatus?

Die vor allem von Landwirtschafts- und Jagdvertretern favorisierte Maßnahme einer Herabsetzung des Schutzstatus und der Schaffung wolfsrudelfreier Zonen durch Bejagung lehnen

wir ab. Eine solche Maßnahme würde auch nicht verhindern, dass einzelne Wölfe – wie schon in der Vergangenheit – durchziehen und ungeschützte Wei-

„In Österreich leben rund 20 bis 30 Wölfe.“

detiere in Gefahr bringen. Aus europäischen, vom Wolf dichtbesiedelten Gebieten, gibt es die Erkenntnis, dass Rudel sich selbst regulieren, indem sie Nachbarrudel auf Distanz halten und durchziehende Einzelwölfe vertreiben oder töten.

Grüne GewerkschafterInnen starten in den Wahlkampf

Mehr Urlaub und eine bessere Bildungsfrei-stellung fordern die Grünen GewerkschafterInnen. Sie stellen sich zur Wahl der Vertretung der ArbeitnehmerInnen, die im März stattfinden wird.

■ ELKE MAYERHOFER

Wie wichtig eine starke Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaft sind, zeigt sich aktuell rund um das neue Arbeitszeitgesetz. Seit 1. September ist ein „freiwilliger“ 12-Stunden-Tag leichter möglich. Doch, dass es mit der Freiwilligkeit so seine Tücken hat, zeigen bereits erste Beispiele von Personen, die sich an die AK gewandt haben. „Die Arbeiterkammer vertritt ArbeitnehmerInnen rechtlich am Arbeits- und Sozialgericht u.a. in Fällen von unberechtigter Entlassung, Lohnvorenthaltungen, Mobbing oder Berufsunfähigkeit.“

higkeits- bzw. Invaliditätspensionen“, zählt Martin Gstöttner, Landessprecher der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) und Spitzenkandidat bei der kommenden AK-Wahl, die Vorteile der AK-Pflichtmitgliedschaft auf. Weitere bedeutende Punkte sind für ihn der KonsumentInnen-Schutz sowie Ausbildungsangebote wie z.B. die Initiative „Du kannst was“, die das Nachholen des Lehrabschlusses ermöglicht.

Dafür steht die AUGE/UG

In der AK-Vollversammlung wollen sich die Grünen Gewerkschafter*innen in den nächsten fünf Jahren für eine Reduktion der Gesamtarbeitszeit einsetzen.

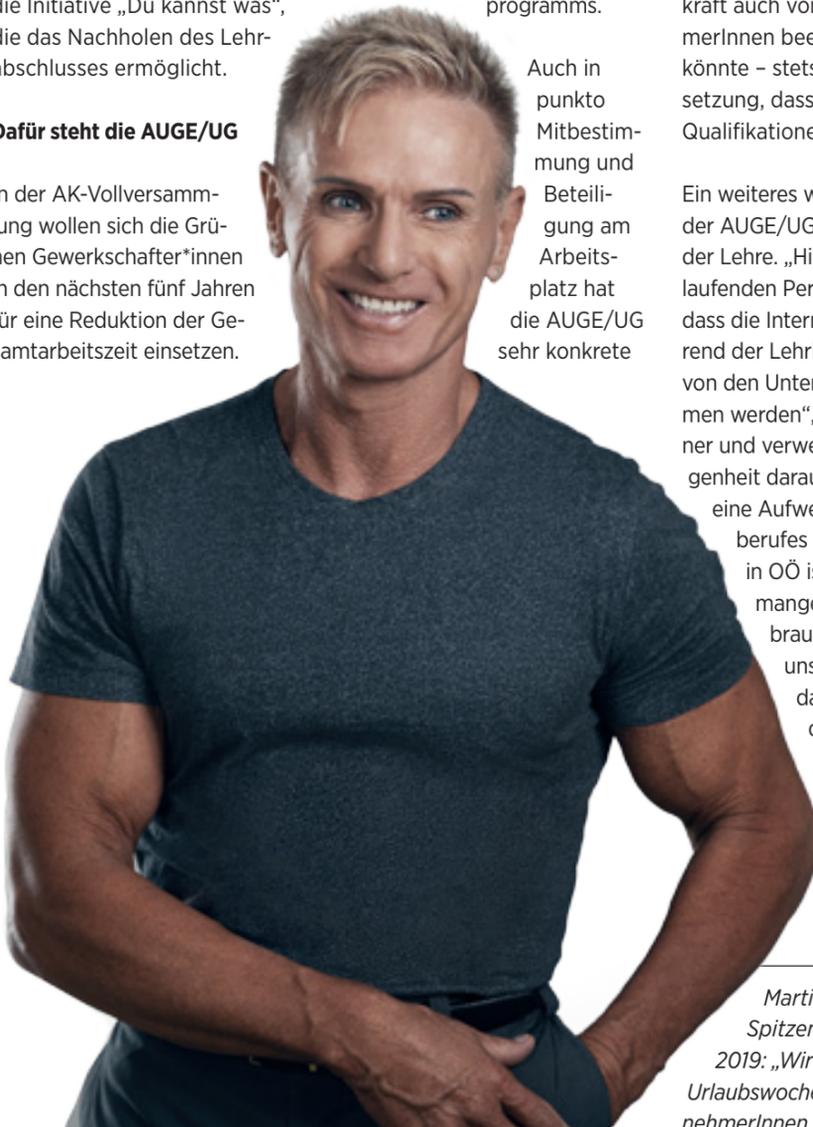
„Wir fordern die sechste Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen, setzen uns dafür ein, dass Altersteilzeit von Unternehmen angeboten werden muss, und wir wollen eine verpflichtende Bildungsfrei-stellung bis zu einem Jahr, unabhängig davon, was für eine Bildungsrichtung die/der ArbeitnehmerIn einschlagen möchte“, formuliert Gstöttner wesentliche Punkte des Wahlprogramms.

Auch in punkto Mitbestimmung und Beteiligung am Arbeitsplatz hat die AUGE/UG sehr konkrete

Vorstellungen. „Wir wollen, dass ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit haben, ihren ersten direkten Vorgesetzten selbst zu wählen, ähnlich der Betriebsratswahl“, beschreibt Martin Gstöttner die Forderung. Oft liege es am direkten Vorgesetzten, die MitarbeiterInnen zu motivieren und anzuspornen. Das würde entsprechend besser gelingen, wenn die Wahl der Führungskraft auch von den DienstnehmerInnen beeinflusst werden könnte – stets unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Qualifikationen vorhanden sind.

Ein weiteres wichtiges Thema der AUGE/UG ist die Aufwertung der Lehre. „Hier ist es uns in der laufenden Periode gelungen, dass die Internatskosten während der Lehrlingsausbildung von den Unternehmen übernommen werden“, berichtet Gstöttner und verweist bei der Gelegenheit darauf, dass es dringend eine Aufwertung des Lehrberufes brauche. „Gerade in OÖ ist der Fachkräftemangel exorbitant. Es braucht ein Umdenken unserer Gesellschaft, dass ein topausgebildeter Lehrling eine Matura mehr als nur wettmacht“, meint Gstöttner.

➔ auge-ooe.at



Martin Gstöttner, Spitzenkandidat AK Wahl 2019: „Wir fordern die sechste Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen.“



GRÜNE GEWERKSCHAFTERINNEN

In der aktuellen Periode sind die Grünen GewerkschafterInnen mit fünf Mandaten in der AK-Vollversammlung in OÖ vertreten. Im September wurden bereits die ersten 12 KandidatInnen für die AK Wahl von 19. März bis 1. April 2019 gewählt. Insgesamt finden sich 110 Personen auf dem Wahlvorschlag der AUGE/UG.

KURZMELDUNGEN

Integrationsoffensive

Rudi Anschöber startete eine Offensive für schon länger in Oberösterreich lebende MigrantInnen, wie zum Beispiel für jene aus Tschetschenien. Für diese Gruppe gibt es nun spezielle Angebote wie Frauencafés, Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen. Die zweite Stufe sieht Maßnahmen im Sport- und Freizeitbereich vor, aber auch eigene Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche. Rudi Anschöber: „Der Austausch mit der tschetschenischen Community war während der gesamten Erarbeitungsphase sehr positiv. Erstmals hat es einen breit angelegten Dialog darüber gegeben, was es braucht.“



Der nächste Fall für den EuGH?

„Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung von befristeten Asylberechtigten durch die oö. Mindestsicherung ist es nur eine Frage der Zeit, bis die nächste europarechtswidrige Vorgangsweise der Bundesregierung gegen Asylwerber gestoppt wird“, meint Rudi Anschöber. Er fordert eine neuerliche Öffnung des Zugangs zur Lehre in Mangelberufen gemäß Aufnahmeleitlinie der Europäischen Union.

Mehr Sensibilität beim Bleiberecht!

Rudi Anschöber richtete einen Appell an die Bundesregierung, mehr Sensibilität beim Zuerkennen des humanitären Bleiberechts walten zu lassen. Doch einige Landeshauptleute verhinderten einen Beschluss für echte Verbesserungen. Damit werden auch in Zukunft bestens integrierte Menschen aus dem Land geworfen und Familien auseinandergerissen.“

GRÜNE STIMME IN DER AK

Dass es darauf ankommt, welcher Fraktion die WählerInnen im Frühjahr 2019 ihre Stimme geben, davon ist Martin Gstöttner überzeugt. „Wer die AUGE/UG wählt, bekommt von uns klare Interessenpolitik im Sinne der ArbeitnehmerInnen und der Umwelt. Wir stehen dabei zu einer Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe.“

Foto: © Chris Flash

Foto: Dedy/Land OÖ

Wer Fachkräfte braucht, muss ausbilden können

Der 4-Stufen-Plan der Grünen Wirtschaft gegen den Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel wird für immer mehr Unternehmen spürbar. Vor allem Klein- und Mittelständische Betriebe (KMU) ziehen häufig in der Konkurrenz um Lehrlinge gegenüber großen Betrieben den Kürzeren. Gezielte Zuwanderung ist kurzfristig eine der wichtigsten Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel. „Bei Unternehmen herrscht jedoch große Verunsicherung, da die Rechtssicherheit fehlt“, sieht

Peter Sönser, Regionalsprecher der Grünen Wirtschaft Wels, die Bundesregierung gefordert, endlich ihren Job zu erledigen. Langfristig kommt aber auch der Lehrlingsausbildung eine bedeutende Rolle zu. Denn wer Fachkräfte braucht, muss diese ausbilden können. „De facto findet die Lehrlingsausbildung in den Großbetrieben statt, weil es für kleine oft nicht leistbar ist“, weiß Bernhard Seeber, Regionalsprecher der Grünen Wirtschaft OÖ. „Es braucht daher eine grundlegende Reform, wie wir junge Menschen in Lehrberufen ausbilden. Einerseits, damit Ein-Personen-Unternehmen (EPU) und KMU auch die Möglichkeit haben

auszubilden, andererseits um insgesamt der Lehre ein besseres Image geben zu können.“

Der 4-Stufen-Plan

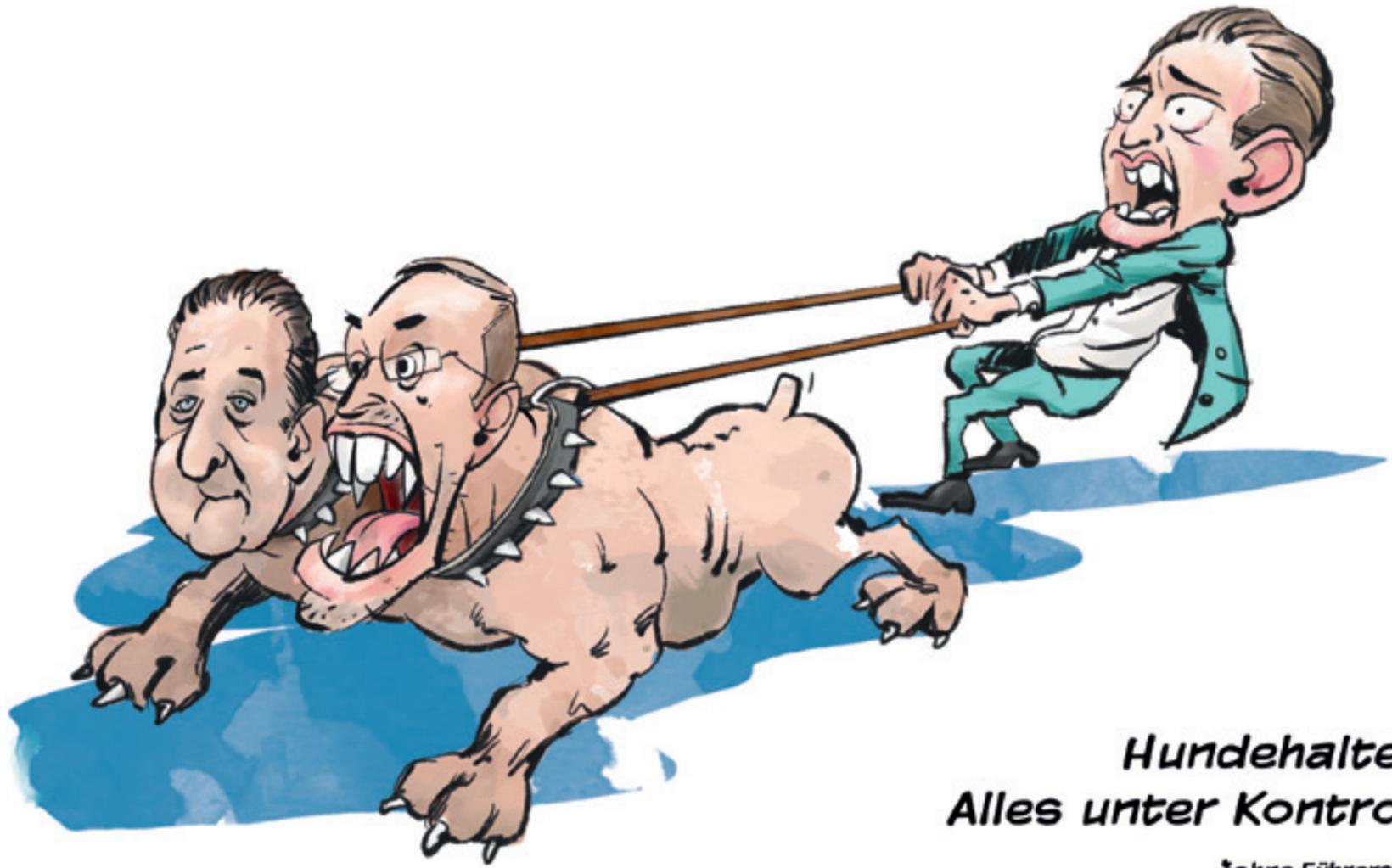
- Der Plan der Grünen Wirtschaft sieht vor, die Schulpflicht bis 16 Jahre zu verlängern, um eine längere Orientierungsphase vor der Berufs- und Ausbildungswahl zu ermöglichen.
- Regionale Ausbildungsplattformen sollen an die Stelle von Berufsschulen treten. Sie sollen neben der Wissensvermittlung die zentrale Drehschibe für alle Elemente der Berufsausbildung in einer Region werden.

- Des Weiteren soll die Berufsausbildung ähnlich der Schulausbildung als Solidaritätsaufgabe verstanden werden. Dazu soll ein Ausbildungsfonds entstehen.

„Einheitliche Ausbildungsentschädigung für alle Berufe.“

- Schließlich will die Grüne Wirtschaft eine einheitliche Ausbildungsentschädigung für alle Berufe, die nach Ausbildungsjahren gestaffelt wird.

Karikatur



**Hundehalter*:
Alles unter Kontrolle**

*ohne Führerschein

KARIKATUR: MICHAEL SCHNEIDER

Termine



GRÜNE TERMINE:

11. Dezember, 19.30 Uhr
Diskussion: Hitze, Sturm und Landwirtschaft
mit Clemens Stammler und Stefan Kaineder
Ort: Höhnhart, Gasthaus Gramiller,

24. Jänner, 19.00 Uhr
Wer bestimmt, was wir essen
mit Stefan Kaineder
Ort: Utzenaich, Gasthaus Mesnersölde

GRÜNE REISETERMINE 2019

13. bis 20. März
Mazedonien: Land, Leute & Politik
eine Bildungsreise der GBW NÖ durch den kleinen Balkanstaat



3. bis 7. März 2019
Brüssel: So tickt Europa
eine kleine Reise der GBW OÖ zu den europäischen Institutionen

29. bis 2. Juni 2019
Triest: Zeitspuren im Karst und am Meer
eine Reise des GPV und der GBW OÖ ins Klein-Wien an der Adria



15. bis 20. Juli
Bildungsreise Luxemburg
Soziale, ökologische Projekte und Politik im kleinen Großherzogtum

Nähere Infos zu diesen Reisen sowie weitere unter www.planetreisen.at und www.ooe.gbw.at oder bei **Marco Vanek, Tel.: 0664 5401722**

Meine Ökoterroristin

*Vegane Schuhe, Plastikmüll und faire Jeans:
Wie ich lerne, ein Gutmensch zu werden.*

TEXT RENÉ FREUND

Meine Tochter Hannah, gerade fünfzehn Jahre alt geworden, hat sich stillschweigend zu einem „Gutmenschen“ entwickelt. (Unter uns, das ist ja kein Schimpfwort, stimmt's?) Nicht, dass sie vorher ein Bösmensch gewesen wäre, nein. Aber jetzt reißt sie mich geradezu mit durch ihren unbeugsamen Willen, alles so richtig und gut wie möglich zu machen.

Hannah ist zum Beispiel Vegetarierin geworden. Sie hat das nicht an die große Glocke gehängt, sie macht auch keine Religion daraus, aber sie isst einfach kein Fleisch mehr, höchstens ab und zu eine Forelle aus dem eigenen Teich. Ganz ehrlich, ich bin einem sonntäglichen Bratln nicht abgeneigt, aber neben einer Vegetarierin schmeckt einem Fleisch nicht mehr so gut. Was daran liegt, dass Vegetarier natürlich recht haben, wenn man kurz über all die Schrecklichkeiten der Fleischproduktion nachdenkt. Zum Beispiel nur über das Wort „Fleischproduktion“ – als ob es um eine Sache ginge, und nicht um Lebewesen. Heute beim Frühstück hat Hannah mir von den vergasten und geschredderten männlichen Küken erzählt, Opfern der Eierproduktion, und von der grausamen Trennung von Kalb und Mutterkuh, Fundament der Milchwirtschaft. Tja, und wenn ich ihr recht

gebe, muss ich mir selbst die Frage stellen, warum ich ein weiches Ei esse und Butter auf mein Brot schmiere. Demnächst steht veganes Frühstück auf dem Programm.

Natürlich kommen bei uns ausschließlich Bio-Lebensmittel auf den Tisch, am besten saisonale aus lokaler Produktion. Werfe ich ein Schnipselchen Plastikverpackung irrtümlich in den normalen Müll, fischt Hannah es wieder heraus, wobei sie bedrohlich die linke Augenbraue hebt. „Ökoterroristin“, raune ich ihr zu, aber das findet sie nicht lustig. Zur Strafe muss ich ihr dann vegane Winter-Schuhe und eine neue Jacke kaufen. Auch diese selbstverständlich aus Bio-Baumwolle, rückstandsfrei gefärbt und vor allem fair hergestellt. Ich staune darüber, welche Vielfalt es mittlerweile an „anständiger“ Kleidung gibt. Ich schwöre, meine nächste Jean wird eine faire sein. Man hat ja auch mehr Freude damit, denn noch eines habe ich von meiner Tochter gelernt: Es macht durchaus Spaß, ein Gutmensch zu sein.

René Freund lebt als Schriftsteller in Grünau im Almtal. Zuletzt erschien der Roman „Ans Meer“ (Deuticke Verlag).

